

## **Nach 1945 kämpften dänische Nationalisten mit harten Bandagen für die Annexion Südschleswigs – Rückgriff auf Nazi-Propaganda**

04.08.10

Nach dem für Deutschland verlorenen Zweiten Weltkrieg versuchten dänische Kräfte, die Ohnmacht des deutschen Staates und die Hoffnungslosigkeit in weiten Kreisen der Deutschen auszunutzen, um wie weiland 1920 eine Südverschiebung der dänischen Grenze durchzusetzen.

In dem Gebiet zwischen der deutsch-dänischen Grenze und der Südgrenze des alten Herzogtums Schleswig, der Eider, begann die dänische Minderheit mit Unterstützung weiter Kreise des Königreiches 1945 eine massive Propaganda für Dänemark. Unverhohlen wurde in Aussicht gestellt, dass bei einem Anschluss des Gebietes an Dänemark die Bevölkerung dem Hunger, der Arbeitslosigkeit und den Repressalien der Sieger entgehen würde. Wieder wurde die alte These vom uralten dänischen Boden und dem dänischen Blut in den Adern der Schleswiger als Argument verwendet. Man versprach, bei einem Anschluss an Dänemark würden die Flüchtlinge, die in großer Zahl am Kriegsende in Schleswig-Holstein Zuflucht gesucht hatten, das Land verlassen müssen, so dass die Gefahr gebannt sei, dass die „ostpreußischen Rundschädel die schlanken blonden nordischen Schleswiger verderben“ würden, wie es wörtlich in der dänischen Propaganda hieß. Es war von Überfremdung die Rede, die durch die „andersrassigen Ostdeutschen“ zu befürchten sei. Man benutzte unverhohlen rassistische Parolen, die denen der Nationalsozialisten zum Verwechseln ähnlich waren.

Jeder, der auch nur ein Großelternteil nachweisen konnte, das nördlich der Eider geboren war, konnte Mitglied in der Organisation der dänischen Minderheit werden; hatte er Kinder, musste er sich verpflichten, sie in eine der überall aus dem Boden schießenden dänischen Schulen oder Kindergärten zu schicken. Der Lohn sollten umfangreiche Lebensmittelgaben sein, die den Mitgliedern der dänischen Minderheit den Spottnamen „Speckdänen“ einbrachten.

Die allgemeine Not in Deutschland und die materielle Unterstützung der Mitglieder der dänischen Minderheit bewirkten tatsächlich, dass Flensburg in seinem Stadtparlament bald eine dänische Mehrheit aufwies und dass im ganzen Landesteil Schleswig bei den Wahlen 1947 fast 100000 Wahlberechtigte für die Partei der dänischen Minderheit stimmten. Als sich in Flensburg der Kreisverband der SPD auf die dänische Seite schlug, schloss der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ihn aus der SPD aus. Er scheute sich nicht, vom „Landesverrat“ der Flensburger Genossen zu sprechen.

Erst als sich die deutsche Seite gesammelt hatte und überparteilich Abwehrorganisationen wie die „Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig“, den „Deutschen Grenzverein“, den „Schleswig-Holsteinischen Heimatbund“ und den „Grenzfriedensbund“ (wieder) gegründet worden waren und als sich die Lebensverhältnisse in Deutschland zu verbessern begannen, ging die dänische Woge zurück.

Dazu trug auch bei, dass die britische Besatzungsmacht die dänische Regierung drängte, sich zu entscheiden, ob sie den Anschluss Südschleswigs an Dänemark wolle und wenn ja, zu welchen Bedingungen. Soll die deutsche Bevölkerung ausgesiedelt werden, oder soll sie im dänischen Staatsverband bleiben? Daraufhin verzichtete die dänische Regierung auf die Forderung einer kurzfristigen Abtrennung Südschleswigs von Deutschland. Sie war realistisch genug, um zu wissen, dass die jetzt für Dänemark abgegebenen Stimmen opportunistisch waren. Die Deutschen dahinter würden bei der sich abzeichnenden Normalisierung der Lage Deutschlands mit den gegen ihren Willen zu Dänemark geschlagenen Landsleuten eine so starke deutsche Volksgruppe in Dänemark bilden, dass das Königreich sie nicht bewältigen

könnte. Diese Regierungsentscheidung bedeutete für die grenzrevisionistischen dänischen Kreise einen herben Rückschlag.

Als die deutsche Seite bei der ersten Bundestagswahl 1949 als überparteilichen Kandidaten den untadeligen Schulrat Eduard Edert aufstellte, wurde er im Wahlkreis Flensburg und Umgebung direkt gewählt. Danach sanken die dänischen Stimmenanteile von Wahl zu Wahl. 1951 wurde auch die dänische Stimmenmehrheit in Flensburg gebrochen. Ihren Tiefstand erreichten die dänischen Stimmen in Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl 1971. Nur knapp 19720 Stimmen entfielen auf den Südschleswigschen Wählerverband (SSW), die Partei der dänischen Minderheit.

Auch auf zwischenstaatlicher Ebene entspannte sich die Lage. Um der Aufnahme der Bundesrepublik in die Nato zuzustimmen, verlangte Dänemark Abmachungen zur Absicherung der dänischen Minderheit in Deutschland – und damit auch der deutschen Minderheit in Dänemark. Es sollte aber kein deutsch-dänischer Vertrag werden; hier verhielt sich Dänemark wie schon 1920. Daher wurden am 29. März 1955 von der Bundesregierung und von der dänischen Regierung sinngemäß gleiche Erklärungen abgegeben, die besagen, dass in Dänemark jeder Deutscher sein darf, der Deutscher sein will, und dass in Deutschland jeder Däne sein darf, der es sein will. Eine Überprüfung von Staats wegen ist verboten. Beide Volksgruppen haben im Grundsatz die gleichen Rechte und Pflichten wie die Mehrheitsbevölkerung; sie genießen kulturelle Autonomie.

Wegen dieser Regelung ist es nicht möglich, die Stärke der jeweiligen Minderheiten zu ermitteln. Man schätzt, daß sich in Dänemark etwa 5000 bis 20000 Staatsbürger zur deutschen Volksgruppe zählen, während sich südlich der Grenze ungefähr 50000 deutsche Staatsbürger zur dänischen Kultur bekennen. Weder geben die für die Partei der jeweiligen Minderheit abgegebenen Stimmen zuverlässig Auskunft, weil inzwischen auch Personen den Parteien ihre Stimme geben, die sie als Regionalparteien ansehen und mit der Stimmabgabe kein nationales Bekenntnis verbinden, noch sagen die Zahlen der Schüler in den Minderheitenschulen etwas aus über nationale Zugehörigkeit der Schüler und ihrer Familien, weil sich die Schulen inzwischen zunehmend für alle Nationalitäten geöffnet haben. Das gilt für das Gebiet südlich der Grenze und in der jüngsten Vergangenheit zunehmend auch für das dänische Nordschleswig.

Die Verhältnisse im deutsch-dänischen Grenzgebiet waren und sind für Außenstehende oft unübersichtlich. Doch erfreulicherweise funktioniert heute das Zusammenleben.

Grenzrevisionistische Ambitionen sind erloschen. Wird doch noch einmal von Einzelnen oder von kleinen Gruppen eine Grenzverschiebung ins Spiel gebracht, findet das kein Echo mehr und wirkt eher antiquiert.

### **Autonomie schon 1920 bis 1945**

Nachdem in Volksabstimmungen 1920 eine neue deutsch-dänische Grenze festgelegt worden war, die weitgehend dem Willen der betroffenen Bevölkerung entsprach, verblieb in beiden Teilen Schlesiws eine nationale Minderheit, nördlich der Grenze eine deutsche, südlich eine dänische. Einen Anhaltspunkt für ihre Stärken geben Wahlergebnisse. Den Höhepunkt erreichte die Partei der deutschen Minderheit in Nordschleswig bei der Folkethingwahl (Reichstagswahl) am

3. April 1939, als über 15000 Menschen ihr die Stimme gaben. Sie konnte einen Abgeordneten ins dänische Parlament entsenden. Die Partei der dänischen Minderheit in Deutschland gewann bei der letzten freien Kommunalwahl in Preußen 4658 Stimmen. Den Abschluss eines Minderheitenabkommens zwischen Deutschland und Dänemark lehnte Dänemark ab, doch ergab sich aus der gegenseitig notwendigen Rücksichtnahme auf die jeweilige Volksgruppe, dass beide Länder ihre Minderheit respektierten und ihr schon damals

weitgehend kulturelle Autonomie gewährten. Das galt auch in Deutschland für die Zeit zwischen 1933 und 1945.

*Hans-Joachim von Leesen*